

Zeitschrift: Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur
Band: - (1988)
Heft: 3

Artikel: Chronik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-398462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MÄRZ

März

In der ersten Märzwoche tagte der Bündner Grosse Rat zu seiner traditionellen Frühjahrsession. Am ersten Sessionstag hiessen die Ratsmitglieder mit grosser Mehrheit eine Teilrevision der Verordnung über die landwirtschaftliche Berufsausbildung in Graubünden gut. Wichtigste Neuerung dieser im Grundsatz bloss textkosmetischen Revision betraf die Erhöhung der Aufsichtskommission für den Schul- und Gutsbetrieb von drei auf fünf Mitgliedern. Keine Chance hatte hingegen der Antrag von Grossrat Decurtins (CVP, Trun) betreffend die Einführung von regionalen Berufsschulklassen. Mit 67 zu Null Stimmen wurde das Begehren verworfen. Ohne Gegenstimme hiess der Rat dagegen eine Motion des Churer SP-Grossrates Caviezel über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus gut. Die Regierung ist damit nun gehalten, ihre Richtlinien betreffend Ausrichtung von Wohnbauhilfe an diejenigen des Bundes anzupassen, die neuerdings nicht mehr vom Reineinkommen als Bemessungsgrundlage ausgehen, sondern vom steuerbaren Einkommen gemäss direkter Bundessteuer. Damit wird der Kreis der Nutzniesser von sozialer Wohnbauhilfe weitergezogen. Am zweiten Sessionstag nahm der Grosse Rat das Budget der Rhätischen Bahn für das Jahr 1988 zur Kenntnis, was in diesem Zusammenhang für einmal zu heftigen Diskussionen über den zweijährigen Versuch, Spätzüge ins Oberland und ins Prättigau zu führen, sowie über die Lohnunterschiede zwischen RhB- und SBB-Personal führte. Angesichts des budgetierten Bahndefizits von 23,7 Millionen Franken war vor allem aus Kreisen des Freisinns Kritik am Spätzug-Versuchsbetrieb entstanden, zumal diese Spätverbindungen erschreckend schlecht benutzt wurden. Aus den Regionen Davos und Surselva traten die Parlamentarier aber vehement für die Beibehaltung der Spätzüge ein, unterstützt wurden sie hierbei von den SP- und DSP-Vertretern. In der Antwort auf eine Interpellation des Bonaduzer Grossrates und Gemeindepräsidenten Theus betreffend Standorte für das «fahrende Volk» erklärte sich die Regierung bereit, Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Fahrenden zu treffen. So sollen Auffang- und Durchgangsplätze, aber auch Winterquartiere angeboten werden, und zudem will der Kanton die Gemeinden in Versicherungs- und Polizeifragen, welche die Fahrenden an ihrem Aufenthaltsort jeweils aufwerfen, unterstützen.

Der Bund will in Graubünden künftig insgesamt über 10 Millionen Franken in den Bau militärischer Anlagen investieren. Vorgesehen ist, wie der Bundesrat anfangs März bekannt gab, der Ausbau von Ausbildungsanlagen auf dem Waffenplatz Chur, die Erweiterung des Auswertgebäudes auf dem Fliegerabwehrschiesplatz in S-chanf, der Bau eines Betriebsgebäudes für den Festungssektor 331 in Susch sowie als grösstes Projekt der Bau einer Schiessanlage auf dem Waffenplatz St. Luzisteig.

Bei den Beratungen über das Bundesgesetz betreffend direkte Bundessteuer hiess der Nationalrat am 2. März eine Sonderregelung gut, welche den Bergkantonen einen angemessenen Aufschlag auf die Strom-Gestehungskosten zubilligen soll. Diese heftig umstrittene Regelung sollte dereinst einen Ausgleich zwischen den Energieproduzenten im Berggebiet und den Partnerschaftswerken im Unterland, die ihren erwirtschafteten Gewinn auch dort versteuern, schaffen.

Im Zuge der technischen Sanierung im Spanplattenwerk Fideris ernannte der Verwaltungsrat einen neuen Direktor, dessen vordringlichste Aufgabe es sein soll, das tief erschütterte Vertrauen der Bevölkerung in die Betriebsleitung wiederherzustellen. Der neue Direktor, Rolf Frei, war zuvor Präsident des Verbandes Schweizerischer Spanplattenfabrikanten und Delegierter des Verwaltungsrates der Jacques Goldinger AG Jago-Werke in Ermatingen sowie der Wespan-Werke in Lengwil. Freis erste Handlung in Fideris war die Einrichtung eines Briefkastens, wo jedermann seine Sorgen und Fragen im Zusammenhang mit den Umweltbedingungen rund um das Spanplattenwerk deponieren kann. Diese spontane Gesprächsbereitschaft wurde als erster Schritt zu einer funktionierenden Kommunikation zwischen Bevölkerung und Betriebsleitung bewertet.

Der Bündner Naturschutzbund beabsichtigt das bereits bestehende Vogelschutzgebiet «Siechenstauden» auf Maienfelder Gemeindegebiet für 30 Jahre unter Schutz zu stellen. Das als Geschiebefang des Rheins dienende Gelände sei ein Feuchtgebiet von regionaler Bedeutung, es diene rund 140 Vogelarten und zahlreichen Amphibien und Säugetieren als Nist- oder Rastplatz und als Einstandsgebiet, begründete der Bündner Naturschutzbund sein Begehren an die Maienfelder Gemeindeversammlung, die in dieser Sache entscheiden soll.

Der Davoser Skirennfahrer Paul Accola, der an den Olympischen Winterspielen in Calgary überraschend eine Bronzemedaille im Riesenslalom gewann, wurde am 6. März bei seiner Ankunft in Davos mit allen Ehren empfangen. Mit Festumzug, Festbankett und Gratulationsempfang durch die politische Behörde ehrte Davos seinen ersten Olympia-Medaillengewinner im alpinen Skisport überhaupt.

Der Bundesrat hiess anfangs März das Konzessionsgesuch des Vereins «Radio Grischa» gut. Gemäss Konzession darf Radio Grischa jedoch nicht im Engadin senden und muss zudem die Verpflichtung eingehen, 20 Prozent der Wortbeiträge am Lokalradio in romanischer Sprache zu senden. Da sich im Engadin zwei selbständige Interessenorganisationen für ein Engadiner Lokalradio – es sind dies Radio Piz Corvatsch und Radio Engiadina – um eine Konzession bewerben wollen, darf Radio Grischa vor-

MÄRZ

derhand nicht im Engadin senden. Der Verein Radio Grischa mit SBG-Direktor Jan Rusca an der Spitze will noch in diesem Jahr den Sendebetrieb aufnehmen.

Der Präsident der Nationalen Genossenschaft für Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) gab anfangs März in der Bündner Presse bekannt, dass nach den vorgenommenen Untersuchungen am Piz Pian Grand im Misox der Bau eines Endlagers für schwach- bis mittelradioaktive Abfälle im dortigen Gebiet kaum in Frage kommen werde. Ausschlaggebend für diesen Meinungswandel innerhalb der Nagra waren nicht die geologischen Untersuchungsergebnisse, sondern vielmehr die Baukosten, die deutlich höher ausfallen würden, als bislang angenommen wurde.

Der Bündner SP-Nationalrat Martin Bundi, der sich bisher dreimal erfolglos für das Amt eines Regierungsrates beworben hatte, will in diesem Jahr auf eine Regierungsratskandidatur verzichten, wie die «Bündner Zeitung» vom 9. März berichtete. Ob die Regierungsrats-Ersatzwahl vom 12. Juni dennoch zur echten Wahl um die Nachfolge von Regierungsrat Donat Cadruvi wird, muss nun die CVP entscheiden, die allenfalls mit einem Zweierorschlag vor die Wählerschaft treten könnte. Die bürgerlichen Parteien SVP und FDP jedenfalls werden am 12. Juni nicht mitreden wollen.

Im CVP-internen Ausscheidungskampf für eine Kandidatur für die Churer Stadtratswahlen im Mai unterlag die populäre ehemalige Landespräsidentin Ida Derungs überraschend deutlich gegen den Gewerbler Josef Roggenmoser. Für die Wahl der beiden Stadtratsmandate bewerben sich nun Werner Caviezel (SP), Pius Guntern (DSP), Josef Roggenmoser (CVP) und Christian Aliesch (SVP). Für das Amt des Stadtpräsidenten kandidiert der bisherige Stadtrat Rolf Stiffler (FDP).

Was sich in diesem Winter tendenzmässig abzeichnete, bestätigten die statistischen Zahlen im März: Die Bettenbelegung in den Bündner Hotel- und Kurbetrieben war im Januar dieses Jahres deutlich schwächer als im Vorjahr. Konkret belief sich der Rückgang auf 9 Prozent oder 66 788 Übernachtungen.

Der Fischereiverein Unterprättigau setzt sich gegen den geplanten Bau eines Flusskraftwerkes an der Unterlandquart sowie gegen den Ausbau der Prättigauerstrasse zur Wehr. Beide Projekte hätten verheerende ökologische Folgen für Fluss und Fische, vor allem die gemäss Kraftwerksprojekt vorgesehene Restwassermenge von einem Kubikmeter seien völlig ungenügend, begründete der Fischereiverein, der vom Kantonalverein in seinen Bestrebungen unterstützt wird, seine Haltung.

Ein schweres Lawinenunglück ereignete sich am 10. März oberhalb Klosters am sogenannten Gotschna-

grat. Der mit seiner Frau und seiner Schwägerin in Klosters in den Skiferien weilende englische Thronfolger, Prinz Charles, befuhr zusammen mit sechs weiteren Personen unter Führung eines Klosterser Skilehrers den Gotschnahang abseits der markierten Piste, als sich ein grösseres Schneebrett oberhalb der Gruppe löste und zwei Personen mitriss. Der britische Major und langjährige Privatsekretär der englischen Königin, Hugh Lindsay, verschied noch auf der Unfallstelle, während das zweite Opfer, Patti Palmer-Tompkinson, mit schweren Beinverletzungen ins Spital Davos überführt wurde. Die Bündner Staatsanwaltschaft übernahm die genaue Untersuchung des Unfallherganges, insbesondere interessierte eine mögliche Schuld des Klosterser Skilehrers am Unglück, da an jenem Tag mit erheblicher Lawinen- und Schneebrettfahrt gerechnet werden musste. Das Ereignis in Klosters löste einen weltweiten Medieneinsatz aus. Der englische Thronfolger, der nur knapp dem Tode entgangen war, wurde in seiner Heimat unmissverständlich für seinen leichtsinnigen, sportlichen Wagemut kritisiert, er selbst nahm denn auch alle Schuld ritterlich auf sich, entlastete den Klosterser Skilehrer und besuchte in der Folge häufig seine verletzte Sportgefährtin im Spital Davos.

Die Ems Chemie Holding AG beabsichtigt laut Pressebericht in diesem Jahr Investitionen in der Höhe von rund 65 Millionen Franken vorzunehmen, wobei etwa 80 Prozent in das Emser Unternehmen sowie in Kraftwerkprojekte fliessen sollen. Ems wäre nach Angaben von Christoph Blocher, Delegierter des Verwaltungsrates, zudem in der Lage, einen Hochtemperaturofen zur Verbrennung von Sondermüll zu bauen und zu betreiben. Falls die Landes- und die Kantonsregierung mit einem solchen Begehren an die Ems Chemie AG herantreten würde, wäre jene bereit.

Bereits zum dritten Male präsentierte der Bündner Finanzdirektor Reto Mengiardi eine Staatsrechnung mit schwarzen Zahlen. Statt des budgetierten Defizits von 5,1 Millionen Franken resultierte ein Einnahmenüberschuss von 7,3 Millionen Franken. Trotz dieses erfreulichen Rechnungsergebnisses ist der Kanton Graubünden im schweizerischen Vergleich aber mittlerweile auf den letzten Platz der mittelstarken Kantone abgesunken.

Nach mehreren Entscheiden des Bundesgerichts dürfen Richter, die im Strafverfahren eine Anklage auf ihre Zulässigkeit hin zu prüfen haben, nicht zugleich am eigentlichen Strafprozess mitwirken. Gerade im Ehrverletzungsprozess ist dies jedoch bei den 39 bündnerischen Kreisgerichten Praxis. Das Bundesgericht bezeichnete ein solches «richterliches Doppelspiel» klar als verfassungswidrig (Verstoss gegen die Europäische Menschenrechtscharta und gegen Art. 4 BV), womit sich die Bündner Behörden über kurz oder lang mit einer konsequenteren Gewaltentrennung innerhalb des Strafprozesses befassen werden müssen.

APRIL

Das Wochenende vom 19. und 20. März stand ganz im Zeichen kantonalbündnerischer und kommunaler Abstimmungen. Die Revision des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte, die jedoch sehr wenig Neues brachte und nicht einmal die Stellvertretung beim Urnengang zulassen wollte, wurde lustlos – es gingen nur gerade 17 Prozent der Bündner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Urne – angenommen, ebenso die Änderung der Kantonsverfassung über die Zuständigkeit bei Bewilligungen von Nachtragskrediten sowie ein neues Finanzhaushaltsgesetz. Interessanter gestalteten sich einige kommunale Vorlagen. So verwarf die Churer Stimmbürgerschaft überraschend eine Zonenplanrevision sowie eine Baugesetzrevision, die unter anderem die Erhaltung architektonisch wichtiger Bauten, das Ausscheiden einer Landwirtschaftszone sowie den Ausbau der Churer Sportanlagen auf der Oberen Au ermöglichen sollte. Gegen die Vorlage hatten vor allem siegreich die Churer Bauern gekämpft, die sich bei der Ausscheidung der Landwirtschaftszone übergangen fühlten und einen weiteren Verlust von Kulturland befürchteten. Die übrigen vier städtischen Vorlagen wurden angenommen, so der Erwerb der sogenannten Parzelle Engi, der Baubehtrag an das Bürgerheim sowie eine Änderung des Churer Wahlgesetzes und die Reduktion des Steuerfusses. Gespannt wartete man insbesondere in Tourismus- und Ökologiekreisen auf das St. Moritzer Abstimmungsergebnis betreffend den Bau einer Kunstschneeanlage in Corviglia sowie die Schaffung einer dafür nötigen Beschneigungszone. Mit 739 Ja zu 608 Nein-Stimmen befürwortete der St. Moritzer Souverän das heftig umstrittene Projekt allerdings nur knapp. In der Gemeinde Domat/Ems genehmigte die Stimmbürgerschaft deutlich eine Gesetzesrevision, wonach der Emser Gemeinderat künftig nach dem Proporzwahlssystem gewählt werden soll. Allerdings liegt die Wahlgrenze für den Gemeinderat bei 10 Prozent aller abgegebenen Listenstimmen, was an den bestehenden Vertretungsmachtverhältnissen nicht viel ändern wird.

Wie die Regierung Ende März bekanntgab, will sie das Durchgangsheim für Asylbewerber in Malix trotz der Meinungsverschiedenheiten vom Herbst 1987 vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk weiterführen lassen. Im gegenseitigen Einvernehmen konnten die Differenzen zwischen beiden Partnern bereinigt und eine neue Trägerschaftsvereinbarung unterzeichnet werden.

Am 25. März reichte der SP-Grossrat Martin Jäger, Chur, das Initiativbegehren über eine «Mitsprache im Strassenbau» mit 5455 Unterschriften bei der Ständekanzlei Graubünden ein. Die Initiative, die von der Bündner Sektion des Verkehrsclubs der Schweiz sowie vom WWF getragen wird, verlangt, dass Beschlüsse des Grossen Rates über Aus- und Neubau von Strassen dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

April

Im Rahmen des letzten Vortrages im Veranstaltungsprogramm 1987/88 sprach Silvio Nauli aus Tamins vor der Historisch-antiquarischen Gesellschaft zum Thema «Historische Zahlungsmittel», insbesondere beleuchtete der Referent die Geschichte der Münzprägung in Graubünden und wies auf die zahlreichen Münzhort-Funde auf Kantonsgebiet hin. Der mit zahlreichen Dias aus dem reichen «Münzschatz» des Rhätischen Museums umrahmte Vortrag bezeugte eindrücklich, welch wertvolles Hilfsmittel die Numismatik zur Erforschung der Wirtschafts- aber auch der Kunstgeschichte ist.

Die Bodenpreise im Kanton Graubünden sind, insbesondere in der Stadt Chur, dann aber auch an den bündnerischen Fremdenverkehrsorten drastisch gestiegen. Gemäss einem Bericht der «Bündner Zeitung» wurde 1988 auf der Churer Oberen Quader für den Bau einer grösseren Geschäftsliegenschaft Boden für 4200 Franken pro Quadratmeter gekauft. Wohl der Hauptgrund für den Bodenhandel im Churer Geschäftsrayon zu solchen Spitzenpreisen ist das immer knapper werdende Baulandangebot, dann aber treibt auch die Hortung des so knappen Gutes Boden die Preise in solch schwindelerregende Höhen. Nicht anders geht es an den Bündner Fremdenverkehrsorten zu und her, auch dort spielen nicht nur die kultivierten Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage, auch dort treibt die Bodenspekulation ihr marktfeindliches Spiel. So werden in Davos Bodenpreise bis zu 2500 Franken pro Quadratmeter erzielt, in St. Moritz kostet der Quadratmeter in der «Villenzonen» 1500 Franken.

Wie die «Bündner Zeitung» am 6. April bekanntgab, ist gemäss einem Bericht des Bundesamtes für Umweltschutz damit zu rechnen, dass auf dem Areal der Ems Chemie Holding AG in Domat/Ems Mitte der neunziger Jahre ein sogenannter Hochtemperaturofen zur Verbrennung von giftigem Sondermüll gebaut wird. Gemäss einem erarbeiteten Szenario zur Lösung der akuten Sondermüllfrage sollte der Emser Ofen eine Verbrennungskapazität von 20 000 Tonnen pro Jahr aufweisen.

Nach einer Statistik der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Bergbevölkerung gingen im Dezennium 1975 bis 1985 gesamtschweizerisch in der Berglandwirtschaft jährlich 565 Arbeitsplätze verloren. Die Berggebiete hatten indessen grosse Mühe, die im ersten Sektor verlorenen Arbeitsplätze durch solche im zweiten oder gar dritten Sektor zu ersetzen. In den Regionen des Kantons Graubünden sind gemäss Statistik in den Sektoren Gewerbe und Dienstleistungen folgende Zunahmen an Arbeitsplätzen zu verzeichnen: Surselva, plus 11,6 Prozent, Misox, plus 0,9 Prozent, Heinzenberg-Domleschg-Hinterrhein, plus 3,5 Prozent, Prättigau, plus 9,8 Prozent, Schanfigg, plus 22,6 Prozent, Mittelbünden, plus

APRIL

16,3 Prozent, Bergell, plus 7,3 Prozent, Puschlav, plus 16,1 Prozent, Unterengadin-Münstertal, plus 11,3 Prozent.

Anlässlich der Generalversammlung des Vereins ehemaliger Plantahofschüler anfangs April in Landquart referierte alt Bundesrat Leon Schlumpf zum Thema «Die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft (EG)». Ein Vollbeitritt der Schweiz zur EG würde nach Schlumpf einer Preisgabe unseres Staatsgedankens, der auf einer direktdemokratischen, föderalistischen Struktur beruht, gleichkommen. Eine Folge dieses Beitritts wäre unter anderem die Ablösung der heutigen produktionsorientierten Landwirtschaft durch ein Abgeltungssystem mittels Direktzahlungen an die Bauern, womit ein staatspolitisch verhängnisvoller Erosionsprozess in die Wege geleitet würde. Was sich nach Ansicht des Referenten aber bewährt hat, sind die zahlreichen Assoziierungsverträge zwischen der Schweiz und der EG in Teilbereichen. An der bisherigen produktionsorientierten Landwirtschaft, wie sie auch die Bundesverfassung garantierte, müsse aber unbedingt festgehalten werden, sagte Schlumpf.

Am 6. April wurde durch die Presse bekannt, dass Papst Johannes Paul II. den bisherigen bischöflichen Kanzler und Offizial, den Liechtensteiner Wolfgang Haas zum Weihbischof der Diözese Chur ernannt hat. Diese Wahl sollte in den kommenden Wochen innerhalb der gebietsstarken Diözese, von Chur, über die Innerschweiz bis nach Zürich, zu ungewöhnlich hohen Protestwogen der katholischen Glaubensgemeinschaft führen. Sowohl Priester, wie auch Laientheologen und einfache Kirchenmitglieder zeigten sich tief bestürzt über das Vorgehen des Vatikans, gelangten mit Bittschriften und offenen Briefen an die Pforten des Churer Hofes und füllten wochenlang die Leserbriefspalten der Zeitungen. Zwei Gründe waren ausschlaggebend für den ungewohnten Protest. Der neugewählte Weihbischof wurde ex cathedra mit dem Nachfolgerecht für das Churer Bischofsamt ausgestattet, das Recht des Domkapitels, an der Bischofswahl teilzunehmen, wurde somit zum vorneherein ausgeschaltet. Zum zweiten wurde in Wolfgang Haas ein Mann bestimmt, der unerschütterlich zu der restaurativen Linie von Papst Johannes Paul II. steht, eine Linie, die in Teilbereichen, so in der Frage der Laientheologie und in der Frage nach dem geistlichen Stande der Frauen, weit hinter das 2. Vatikanische Konzil zurückführt. In dessen, und das wiederum war keine Überraschung, äusserte sich die offizielle Kirche nicht zu den Protesten der Gläubigen, man schwieg beharrlich.

Am 10. April gelangte im Stadttheater Chur das Stück «Quadrophrenie – ein Technodrama» der Autorin Martha Bery zur Uraufführung. Das Theaterstück, es handelt von der Persönlichkeitsspaltungen der Frau in der modernen, technisierten Arbeitswelt, wurde insze-

niert vom Churer Schauspieler und Regisseur Franco Romano und ist die erste eigene Produktion des Churer Stadttheaters in der Reihe «Churer Projekte». 400 Zuschauer erlebten die Uraufführung mit und spendeten grosszügig Applaus für das etwas langatmige und cliché-hafte Stück.

Wie die «Bündner Zeitung» am 13. April berichtete, wird der 1905 gegründete Postsparkassenverein Rhätia Chur von einer der vier Grossbanken, allenfalls auch von der Kantonalbank übernommen. Die Vereinsauflösung und die Liquidation war nötig geworden, als die Personalsparkasse durch den weltweiten Börsenkrach im Oktober 1987 3,8 Millionen Franken Verlust verbuchen musste und die Sparguthaben nicht mehr durch die Aktiven decken konnte. Die Eidgenössische Bankenkommision zeigte sich alarmiert über den Zustand der Postsparkasse Rhätia und leitete eine Untersuchung in Gang, welche die Möglichkeiten eruieren soll, wie solche Personalsparkassen künftig dem eidgenössischen Bankengesetz unterstellt werden könnten.

Eine Vernehmlassung zum regierungsrätlichen Entwurf für die Revision des kantonalen Fremdenverkehrsgesetzes bei Parteien und Interessenverbänden stiess Mitte April auf harte Ablehnung. Die Regierung hatte vorgeschlagen, die Kurtaxen künftig vollumfänglich den Fremdenverkehrsinstitutionen zukommen zu lassen, andererseits aber keine allgemeinen Staatsgelder mehr in die Tourismuswirtschaft fliessen zu lassen. Diese Umkehr zu einem System des Verbrauchs von selbst erwirtschafteten Mitteln stiess nun auf Ablehnung. Somit wird die Revision des Fremdenverkehrsgesetzes vorerst ad acta gelegt.

Am 15. April wählten die Konventualen der Benediktiner-Abtei Disentis Pater Pankraz Winiker zum Nachfolger des resignierten Abtes Viktor Schönbächler, der dem Kloster während 25 Jahren vorgestanden hatte. Pater Pankraz ist somit der 64. Abt des ältesten Benediktiner Klosters der Schweiz. Er wurde 1925 in Hitzkirch geboren, besuchte die Mittelschulen von Beromünster und Disentis, das Priesterseminar Luzern und trat dann ins Kloster Disentis ein, wo er 1951 zum Priester geweiht wurde. Der neue Abt wirkte an der Klosterschule Disentis als Musiklehrer, als Kapellmeister und als Choralma-gister.

Im Churer Gemeinderat kam es bei der Behandlung der Vorlage über die unterirdische Führung der Arosabahn, an welche die Stadt Chur 8,4 Millionen Franken leisten sollte, zu heftigen Turbulenzen. Nicht nur das Pro und das Contra gaben zu reden, mehreren Parlamentariern war die Vorlage zudem zu wenig durchdacht und geprüft. Schliesslich beschloss das Stadtparlament, eine Vorberatungskommision einzusetzen, die das Geschäft nochmals auf Herz und Nieren überprüfen solle. Damit

APRIL

wird sich nicht nur die städtische Volksabstimmung verzögern, der dringend nötige Umbau des Churer Bahnhofplatzes wird ebenfalls länger als erhofft auf sich warten lassen.

Am 19. April empfing die Bündner Regierung die Bündner Teilnehmer an den Olympischen Winterspielen im kanadischen Calgary. In einem von zahlreichen Zuschauern begeistert beklatschten Umzug zogen die erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler – unter ihnen mehrere Medaillengewinner – ins Graue Haus, um die Ehrungen der Regierung entgegenzunehmen. Erfolgreich im Langlaufsport waren Evi Kratzer, Christina Gillibrügger, Karin Thomas, Sandra Parpan, Andy Grünfelder, Giachem Guidon und Jürg Capol, im alpinen Skisport waren es Daniel Mahrer, Martin Hangl, Paul Accola und als Goalie der Schweizer Eishockeymannschaft, der Davoser Richard Bucher.

Am 26. April beschloss die evangelische Kirchgemeindeversammlung von St. Moritz, die Kündigung an den amtierenden Pfarrer Wolfgang Hammer rückgängig zu machen und ihn in seinem Amte zu belassen. Hammer war im vergangenen September ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil er sich antisemitische Äusserungen zuschulden kommen lassen hatte. Hammer zog damals die Konsequenzen selbst und kündigte sein Pfarramt. Im Vorfeld der Kirchgemeindeversammlung vom April nun hatten 200 Personen eine Petition zugunsten Hammers eingereicht und diesem Begehren gab die Versammlung nun statt.

Am 29. April öffnete die kantonalbündnerische Landwirtschaftsausstellung, die Agra, auf der Churer Oberen Au für drei Tage ihre Tore. Unter der Leitung von Alexander Dönz, Chef des kantonalen Landwirtschaftsamtes, veranstalteten der Bündner Bauernverein sowie zahlreiche regionale Landwirtschaftsvereine in Chur eine Erlebnisschau, die ihrem Motto «Dem Bündner seine Landwirtschaft näher bringen» mit grossem Erfolg gerecht wurde. Nicht weniger als 30 000 Besucher verzeichnete die Agra, die in mehreren Ausstellungshallen nicht nur absolute Spitzentiere der bündnerischen Braunviehzucht sowie das Neueste vom Maschinen- und Gerätemarkt zeigte, sondern sehr viel Gewicht auf die breite Palette aller nur denkbaren Landwirtschaftsprodukte legte. Was die Natur, auch im Berggebiet, alles hervorbringt, wenn sie mit Liebe, Fachwissen und Ehrfurcht bewirtschaftet wird, zeigte eine vielfältige Produktschau. Die nicht-bäuerliche Bevölkerung, insbesondere die Kinder, schätzten überdies den direkten Kontakt mit dem Tier, die Agra zeigte die ganze Artenvielfalt der Kleintiere, darunter seltene, vom Aussterben bedrohte Ziegen. Besondere Ehre wurde den Bündner Bauern und ihrer gelungenen Ausstellung durch die Anwesenheit von Bundesrat Jean Pascal Delamuraz am Eröffnungstage zuteil. Der schweizerische Landwirtschaftsminister beglückwünschte mit welscher Herzlichkeit die Bündner Landwirte zu ihrer Ausstellung und dankte ihnen für ihre tägliche Arbeit, die siedlungs- und kulturpolitisch nicht hoch genug bewertet werden könne.

Buch- und Kunsthandlung F. Schuler

Postplatz 7002 Chur
Tel. 081 22 11 60

**E. Durnwalder, Kleines Repertorium der
Bündner Geschichte Fr. 12.—**

F. Pieth, Bündnergeschichte

2. unveränderte Auflage 1982 Fr. 60.—

Jugendschriften — Fachbücher — Bücher — Bilder — Zeitschriften



1847

